

## **Beschlußempfehlung und Bericht**

**des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten  
(10. Ausschuß)**

**zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Gerald Thalheim, Anke Fuchs (Köln),  
Horst Sielaff, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD  
– Drucksache 13/601 –**

### **Gewährung von Beihilfe bei der Sortenumstellung von Hopfen**

#### **A. Problem**

Der Markt für Bitterhopfensorten befindet sich seit geraumer Zeit im Ungleichgewicht, da einige Sorten nicht der steigenden Nachfrage nach Alpha-Gehalten entsprechen. Durch die mit nationalen Mitteln aufgestockte Beihilfe wurden insgesamt 1 000 ha Hopfenfläche auf marktgängigere „Alpha-Sorten“ umgestellt, worunter auch 200 ha auf die neuen Bundesländer entfielen. Im Februar 1995 stellte sich heraus, daß zusätzlicher Umstellungsbedarf in Höhe von 3 900 ha (davon 300 ha im Elbe-Saale-Gebiet) besteht.

#### **B. Lösung**

Um eine nachhaltige Sanierung des Marktes zu erreichen, muß bei der EU eine Erweiterung des Sortenumstellungsprogramms gemäß VO 2997/87 (EWG) aufgelegt werden, das den Umstellungsbedarf in Höhe von 3 900 ha – davon 300 ha im Elbe-Saale-Gebiet und 3 600 ha im Freistaat Bayern – in der gesamten Bundesrepublik Deutschland deckt.

**Einstimmige Annahme im Ausschuß in der Fassung des einstimmig gebilligten Änderungsantrages der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. auf Ausschußdrucksache 13/111.**

**C. Alternativen**

Annahme des unveränderten Antrages – Drucksache 13/601.

**D. Kosten**

Keine Angaben.

## **Beschlußempfehlung**

Der Bundestag wolle beschließen,

den Antrag – Drucksache 13/601 – in der nachfolgenden Fassung anzunehmen:

„Die Bundesregierung wird aufgefordert, sich bei der Europäischen Kommission für ein weiteres Sortenumstellungsprogramm einzusetzen, das dem Umstellungsbedarf in der gesamten Bundesrepublik Deutschland Rechnung trägt.“

Bonn, den 10. Mai 1995

### **Der Ausschuß für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten**

**Peter Harry Carstensen (Nordstrand)**  
Vorsitzender

**Ulrich Junghanns**  
Berichtersteller

**Bericht des Abgeordneten Ulrich Junghanns****1. Beratungsgang**

Der Deutsche Bundestag hat in seiner 32. Sitzung am 31. März 1995 die Vorlage dem Ausschuß für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten zur alleinigen Beratung überwiesen.

Der Ausschuß hat die Vorlage in seiner Sitzung am 10. Mai 1995 eingehend beraten.

**2. Inhalt der Vorlage**

Der Antrag der Fraktion der SPD – Drucksache 13/601 – fordert die Bundesregierung auf, sich bei der Europäischen Kommission für ein weiteres Sortenumstellungsprogramm zugunsten eines weiteren Umstellungsbedarfes von 300 ha im Hopfenanbaugebiet Elbe-Saale einzusetzen.

In der Bundesrepublik Deutschland wurden im Zeitraum 1987 bis 1994 mit Förderungsmitteln des EAGFL insgesamt 1000 ha Hopfenflächen auf marktgängige, sogenannte Alpha-Sorten umgestellt. Von diesen Flächen entfielen insgesamt 200 ha auf die neuen Bundesländer. Zusätzlich hat der Freistaat Bayern weitere 1400 ha mit Einsatz nationaler Mittel umgestellt. Im Februar 1995 ist ein zusätzlicher Umstellungsbedarf in Bayern von weiteren 3 600 ha festgestellt worden.

Eine nachhaltige Sanierung des Marktes soll nun dadurch erreicht werden, daß die Bundesregierung sich im Sinne dieses zusätzlichen Umstellungsbedarfs für eine Erweiterung des Sortenumstellungs-

programms einsetzt, damit noch weitere 3 900 ha – davon 300 ha im Gebiet Elbe-Saale und 3 600 ha in Bayern – umgestellt werden können.

**3. Beratung im 10. Ausschuß****3.1**

Der Ausschuß für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten hat den Antrag – Drucksache 13/601 – in seiner 12. Sitzung am 10. Mai 1995 beraten.

Der Ausschuß verständigte sich darauf, auf der Basis des Antrages der Fraktion der SPD auf Drucksache 13/601 dem Änderungsantrag der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. auf Ausschußdrucksache 13/111 zu folgen und die Bundesregierung aufzufordern, sich bei der EU-Kommission für ein weiteres Sortenumstellungsprogramm einzusetzen, das dem Umstellungsbedarf in der gesamten Bundesrepublik Deutschland Rechnung trägt, also auch den zusätzlichen bayerischen Umstellungsbedarf von 3 600 ha berücksichtigt.

**3.2**

Der Ausschuß empfiehlt daher dem Deutschen Bundestag, die nach Maßgabe des einstimmig gebilligten Änderungsantrages der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. auf Ausschußdrucksache 13/111 modifizierte Vorlage – Drucksache 13/601 – anzunehmen.

Bonn, den 10. Mai 1995

**Ulrich Junghanns**

Berichterstatler